



## Edito

### Man braucht nicht grün zu sein, um grün zu denken!

Endlich umweltfreundliche und saubere Energie im Senseoberland. Und schon bewegen sich die Gemüter, um das geplante Windenergieprojekt auf dem Schwyberg, welches ich schon vor 8 Jahren gefordert habe, in Grund und Boden zu reden.

Die Groupe E, die Gemeinden Plaffeien und Plasselb haben ausführlich und seriös an diesem Projekt gearbeitet, den Demokratieprozess vorbildlich eingehalten und offen informiert. Doch wenn man ein Projekt verhindern will, findet man immer etwas, das dagegen spricht. Obwohl schon mehrmals alle Vor- und Nachteile geprüft wurden, verlangt man immer neue Studien und Konzepte. Wenn die Argumente völlig ausgehen, müssen schlussendlich noch die Zugvögel erhalten. Damit schießen die Einsprecher und «Ewignörgeler» den Vogel ab und nicht die Windmühlen.

Eigenartig ist nur, dass ausgerechnet die Naturverbesserer und linke Kreise (u.a. CSP) zu den Einsprechern dieses Projektes gehören. Also diejenigen die den Umweltschutz und das Energiesparen auf ihre Fahne geschrieben haben. Dabei geht es auch hier um den gesellschaftlichen Wohlstand, um das wirtschaftliche Wachstum und schlussendlich darum, mit den immer knapper werdenden Ressourcen verantwortungsvoll umzugehen. Strom ist die Schlüsselenergie für den Fortschritt. Mit den geplanten Windmühlen könnte praktisch das ganze Senseoberland mit sauberem Strom versorgt werden.

Schade, dass vor einigen Monaten die von der FDP geforderte Entschärfung der **Verbandsbeschwerde** vom Volk nicht angenommen wurde. Mit solchen unanständigen Beschwerden müsste man sich nicht mehr befassen. Einzelne Bürger haben dieses Beschwerderecht nicht. Einsprachen von Bürgern gegen die Schliessung der Alpstrassen im oberen Sensebezirk wurden vom Kantonsgericht einfach abgewiesen, mit der Bemerkung, dass sie zur Einsprache nicht legitimiert seien!

Der Sensebezirk erwacht! Er nimmt seine Verantwortung in der Energiepolitik wahr. Aus diesem Grund werden die Windmühlen kommen, weil schlussendlich die Vernunft siegen wird.

Ruedi Vonlanthen, Giffers  
Grossrat und Ammann

## Ja zur IV-Zusatzfinanzierung

Die Invalidenversicherung wurde aufgrund eines vom Volk 1925 beschlossenen Verfassungsartikels im Jahre 1960 eingeführt. Heute beziehen rund 300'000 Personen eine IV-Rente. Die Ausgaben übersteigen die Einnahmen jährlich um rund 1.4 Mrd. Franken. Dieses Defizit wird gedeckt, indem die IV aus dem AHV-Fonds Vorschüsse erhält. Die Schuld der IV beim AHV-Fonds beträgt zur Zeit rund 13 Mrd. Franken und erhöht sich jährlich um das Defizit, wenn nichts unternommen wird. Es ging allerdings lange, bis die Politiker bemerkten, dass hier Handlungsbedarf besteht.

Eine Verschärfung der Kriterien wurde mit der 5. IV-Revision formuliert und man versucht aktiv, Missbräuche aufzudecken. Es wird geschätzt, dass rund 1% oder 3'000 Personen missbräuchlich Renten beziehen. Von 150 aufgedeckten Fällen wurde kürzlich in der Presse berichtet. Auch wenn alle Fälle aufgedeckt werden könnten, ist es eine Illusion zu glauben, auf diesem Weg könnte das Defizit beseitigt und die Schuld ab-

gebaut werden. Wer dies behauptet, macht es gegen besseres Wissen.

Um zumindest die jährliche Rechnung stark zu verbessern, soll der Normalsatz der Mehrwertsteuer vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2017 um 0.4 % von 7.6 % auf 8 % erhöht werden. Die daraus resultierenden Einnahmen werden auf 1.1 Mrd. Franken jährlich beziffert. Zudem soll ein von der AHV getrennter IV-Fonds geschaffen und mit 5 Mrd. Franken ausgestattet werden. Es ist auch falsch zu behaupten, die AHV werde mit dieser Vorlage geplündert. Richtig ist, dass von der AHV 5 Mrd. Franken in den IV-Fonds transferiert werden. Aber bei einer Ablehnung der Vorlage werden die Defizite einfach weiter aus dem AHV-Fonds gedeckt und damit deren Vermögen weiter geschmälert. Mit der Annahme dieser Vorlage wird ein klarer Trennstrich gezogen.

Alle Parteien (ausser der SVP) und die Wirtschaftsverbände empfehlen, der Vorlage zuzustimmen. Der Grundtenor

ist dabei, dass man in den sauren Apfel beissen muss und ein Nein keine nachhaltige Lösung bringt. Wenn wir an die Invalidenversicherung denken, sollten wir die Behinderten vor Augen haben, welche die Schule «Les Buissonets» besuchen, oder bei der Applico in Schmitten oder der SSB in Tafers arbeiten und leben. Und nicht jene Person, von der wir gerücheweise gehört haben, dass sie unberechtigt eine Rente bezieht.

### Als Realisten stimmen wir JA!

Gleichzeitig erwarten wir von den Behörden und den bürgerlichen Politikern, dass die 6. IV-Revision nachhaltige und tiefgreifende Korrekturen bringt und diese auch umgesetzt werden. Bei einem Nein müssen wir früher oder später höhere Lohnabzüge gewärtigen was für den Werkplatz Schweiz schlechter wäre. Daran wird auch die schweizerische Verhinderungspartei (SVP lässt grüssen) nichts ändern können!

Paul Fries, Wünnwil

## Kantonale Abstimmung

### Referendum gegen die Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels.

Und wieder einmal sind wir aufgefordert, an der Urne über ein Referendum abzustimmen, welches die Öffnungszeiten im Kanton Freiburg betrifft. Seit 1997 das Gesetz über die Ausübung des Handels in Kraft getreten ist, müssen wir Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nun schon zum vierten Mal dazu Stellung nehmen. In Anbetracht dieser Tatsache könnte man annehmen, dass diesmal eine gravierende Änderung durch den Grossen Rat beschlossen wurde. Aber da kann man sich irren. Es handelt sich bei diesem Referendum um den Beschluss des Grossen Rates, die bisher erlaubten Öffnungszeiten zu verschieben. Der wöchentliche Abendverkauf wird um eine Stunde gekürzt (neu bis 20.00 Uhr), und im Gegenzug wird der Ladenschluss am Samstag um eine Stunde verlängert (neu bis 17.00 Uhr).

### Der Beschluss des Grossen Rates

Im Oktober 2008 hat der Grosse Rat die Änderung des Gesetzes über die Aus-

übung des Handels verabschiedet und damit die Verschiebung der Öffnungszeiten beschlossen. Dieser Gesetzesentwurf wurde ihm durch den Staatsrat vorgelegt.

Mit der vorgeschlagenen Änderung will der Staatsrat die Rahmenbedingungen für den Freiburger Detailhandel verbessern. Der Samstag ist ein äusserst umsatzstarker Tag und unsere Nachbarkantone haben bereits längere Öffnungszeiten. Die moderate Änderung mit dem Kompromiss, den Abendverkauf zu verkürzen, ist das Resultat aus den Verhandlungen des Staatsrates mit den Sozialpartnern des Detailhandels. Die Gewerkschaften haben dabei immer darauf gedrängt, dass jegliche Änderungen der Öffnungszeiten mit einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) verknüpft werden müssen. Da die Fronten für einen GAV verhärtet sind und die Standpunkte noch sehr weit auseinander liegen, ist diese Forderung nicht angemessen. Ein Gesamtarbeitsvertrag für das Verkaufspersonal ist sicher wünschenswert, wie dies der Staatsrat in seiner Botschaft zur Abstimmung auch unterstreicht. Aber mit diesem Referendum haben die Ge-

werkschaften sicher keinen Schritt zur Lockerung der Fronten beigetragen.

### Gefundener Kompromiss mit breiter Unterstützung im Handel

Die vorgeschlagene Änderung ist nicht nur auf die Grossverteiler zugeschnitten. Im Gegenteil: Diese mussten mit

## Inhaltsverzeichnis

- |                |   |
|----------------|---|
| <b>Seite 1</b> | - Edito<br>- Ja zur IV-Zusatzfinanzierung<br>- Kantonale Abstimmung                             |
| <b>Seite 2</b> | - Kantonale Abstimmung, Fortsetzung<br>- Und es nimmt kein Ende                                 |
| <b>Seite 3</b> | - Generalrat<br>- Konsequenzen aus der Bundesratswahl?<br>- Einladung zum Herbstanlass          |
| <b>Seite 4</b> | - Öffentlichkeitsarbeit einmal anders<br>- Abstimmungsparolen<br>- «Auslaufmodell» Berufslehre? |



der Verkürzung des wöchentlichen Abendverkaufs am meisten in den sauren Apfel beissen. Die Änderung der Öffnungszeiten wird vor allem auch durch die Vereinigung der unabhängigen Detailhändler des Kantons Freiburg unterstützt. Diese haben bereits 1997, als die Öffnungszeiten am Samstag um eine Stunde gekürzt wurden, darauf hingewiesen, dass dies zu starken Umsatzeinbussen führen wird. Die gemachten Erfahrungen in den letzten Jahren haben diese Befürchtung nun bestätigt.

#### Was will das Referendumskomitee

Die Gewerkschaften wollen mit diesem Referendum ihre Position für die weitere Verhandlungen für den GAV stärken. Sie wollen beweisen, dass Sie die Möglichkeit haben, mit Hilfe des Stimmvolks die Öffnungszeiten im Kanton Freiburg zu bestimmen. Ich habe den Eindruck, es geht mehr um die Machtposition als um die Interessen der Arbeitnehmer. Folgende Aussage in den Abstimmungsunterlagen des Referendumskomitees hat mich erschreckt:

«Eine zusätzliche Arbeitsstunde am Samstag bedeutet an diesem ohnehin schon anstrengenden Arbeitstag noch mehr Stress»

Diese Aussage mit der darauf folgenden Erkenntnis der Gewerkschaften, dass die Verkaufsteams am Abendverkauf jeweils um die Hälfte reduziert werden, zeigt klar auf, dass auch das Referendumskomitee realisiert hat, dass die

zusätzliche Stunde am Samstag wohl sinnvoller ist als der Abendverkauf bis 21.00 Uhr. Und es kann ja nur das Ziel von Öffnungszeiten sein, dass diese auch von den Kunden genutzt werden. Ich bin auch davon überzeugt, dass das Personal im Detailhandel lieber arbeitet, wenn auch wirklich Kunden kommen, als dass sie warten müssen, bis der Feierabend da ist.

Dass man sich aus ideellen Gründen gegen generelle Sonntagsöffnungszeiten wehrt, kann ich nachvollziehen. Auch, dass man sich gegen einen 24 Stundenbetrieb im Detailhandel wehrt, ist durchaus legitim. Aber hier geht es darum, eine umsatzstarke Öffnungszeit gegen eine umsatzschwächere einzutauschen. Und es ist bestimmt auch im Interesse der Arbeitnehmer, dass die Umsätze in ihrem Unternehmen stimmen.

#### Was bedeuten die neuen Öffnungszeiten?

Falls die neuen Öffnungszeiten in Kraft treten sollten, bedeutet dies nicht, dass alle Geschäfte am Samstag bis um 17.00 öffnen müssen. Sie haben die Möglichkeit, falls das Kundenverhalten dies erfordert. Dabei gibt es auch innerhalb unseres Kantons grosse Unterschiede. Während insbesondere die Stadt Freiburg und die Grenzgebiete zu anderen Kantonen froh sein werden und sicher diese Möglichkeit wahrnehmen, gibt es auch viele Standorte, wo diese längeren Öffnungszeiten gar kein Thema sein werden. Genau so wie bereits heute nicht überall jede mögliche Öffnungszeit ausgeschöpft wird. Es muss immer noch aus wirtschaftlicher Sicht einen Sinn ergeben.

Ich hoffe, dass sich die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht auf dieses Machtspiel der Gewerkschaften im Kanton Freiburg einlassen und der Gesetzesänderung zustimmen werden.

Benno Oberson, Düdingen

## Und es nimmt kein Ende



Politiker aller Couleurs lassen keine Gelegenheit aus, um ihrer Verbundenheit mit der KMUs Ausdruck zu verleihen. Einigen nimmt man das

ab, bei andern ist es offensichtlich, dass sie in den KMUs ein Wählerpotential sehen. Trotz aller Versprechungen, die KMUs administrativ zu entlasten, wird es von Jahr zu Jahr schlimmer und scheint kein Ende zu nehmen. Ein Betrieb mit 20 MitarbeiterInnen braucht mittlerweile fast eine Vollzeitstelle, um den Forderungen aller öffentlichen Organe gerecht zu werden und sie mit dem geforderten administrativen Futter zu versorgen. Hinzu kommt eine Flut von Erlassen, Vorschriften und Reglementen. Während die PolitikerInnen Entlastung versprechen, weitet sich der Administrations- und Reglementsloch täglich weiter aus. Es ist längst zu einem unüberblickbaren Tschungel geworden, in dem sich kein Mensch mehr richtig zu recht findet. Da scheint ein Automechanismus in Gang gesetzt worden zu sein, der von niemandem mehr aufgehalten werden kann.

Es ist offensichtlich, dass das Parkinsonsche Gesetz mehr den je Gültigkeit hat. Es besagt: ein System entwickelt sich und wächst so lange, bis es sich nur noch mit sich selbst beschäftigt. In vielen Bereichen sind wir doch schon längst so weit. Längst fragt keiner mehr nach dem Sinn und Nutzen eines Formulars, Reglementes, einer Vorschrift. Sie werden ganz einfach zum Selbstzweck. Statt über Sinn und Unsinn nachzudenken, werden die Durchsetzungsinstrumente verfeinert, was zu einer zunehmenden

Verkriminalisierung rechtschaffener Bürgerinnen und Bürger führt. Jüngstes Beispiel: wer an gewissen Umfragen des Bundesamtes für Statistik nicht mitmacht, wird kurzerhand gebüsst. Das ist schon fast abartig. Noch 10 Jahre so und der Rechtsstaat wird zum Unrechtsstaat, eine Horrorvorstellung.

Es ist naiv, von diesen Systemen eine Kehrtwendung zu erwarten. Ganz einfach deshalb, weil diejenigen, die etwas verändern könnten, Teil des Systems sind und somit alles daran setzen werden, das System zu erhalten – also nichts verändern. Die Lösung muss von aussen kommen. In unserem Rechtsstaat von der Legislative. Leider kam bisher von dieser Seite – ausser Phrasen und Absichtserklärungen – nichts, rein gar nichts. Und nichts ist doch schon etwas wenig, oder? Vielleicht müssen wir KMUler als Bürgerinnen und Bürger das Zepter selber in die Hand nehmen. Zunächst an der Urne. Und wenn das nichts nützt, dann halt mit Boykott und Ignoranz. Das ist zwar nicht die feine Art, dürfen wir es aber zulassen, dass das Rückgrat der Schweizer Wirtschaft vom Administrationstiger regelrecht erstickt und aufgefressen wird?

Vielleicht sehe ich das alles zu kurz. Denn es gibt ein «Gesetz», das überall in der Natur und im Leben seine Gültigkeit hat: alles, was unkontrolliert wächst, zerstört sich am Ende selber. Allerdings kann's bis dahin äusserst lange dauern.

Beat Brühlhart, Düdingen  
Vizepräsident FDP Sense

www.sensia.info

**SENSIA AG**  
Kreation in Karton und Papier

Die Druckerei mit dem guten Auge!

heizen kühlen lüften regeln sanitär  
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

**RIEDO CLIMA**

Riedo Clima AG Düdingen  
Warpelstrasse 12, 3186 Düdingen  
Tel. 026 492 94 00 office@riedoclima.ch  
Fax 026 492 94 01 www.riedoclima.ch

**MODE oberson**  
bahnhofzentrum düdingen

mehr [als] mode

**emmental**  
versicherung

Die Versicherung für KMU,  
Privathaushalt und Landwirtschaft

Ernst Schneider-Roux · Agentur Alterswil  
Tel. 026 494 12 69 · Mobile 078 606 62 96 · Fax 026 494 25 27

Für **zu Fasel**  
Ihr VW-Vertreter im Sensebezirk!

**Garage Fasel Düdingen**  
Telefon 026 493 16 16 · www.garagefasel.ch

**antros**

Zukunftsorientierte,  
erfolgreiche Unternehmensführung

Beat Brühlhart  
CH-3186 DÜDINGEN

www.antros.ch  
info@antros.ch

Wir haben was Sie suchen.

**LEHMANN**  
AMBIENTE

Möbel Lehmann AG  
Direkt bei der Autobahnausfahrt Düdingen  
www.lehmann.info

Lüdi, Berry Wines  Beerenkulturen

Balbertswil 8, 3186 Düdingen

www.berrywines.ch  
info@berrywines.ch

**trans-auto**

it's clean...

Kanalreinigung  
Curage des canalisations

Muldenservice  
Service multi-bennes

sanitoi.ch  
WC-Kabinen  
Cabines WC

www.trans-auto.ch

**STERNHAUS DÜDINGEN AG**

Architekturbüro + Generalunternehmung  
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen, Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01  
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

**ZENTRUM GARAGE**  
WALTHER

**PEUGEOT** **RENAULT**

3186 Düdingen www.zentrum-garage.ch

**Das grösste Garten-Center der Region**

- Pflanzen aus unserer eigenen Baumschulproduktion mit Premium-Qualität®
- Spezialist für Schwimmbäder und Jacuzzi® (1000 m<sup>2</sup> Ausstellung)

**AEBI-KADERLI**  
GARTEN-CENTER

3186 Düdingen FR • Tel. 026 488 33 33  
3049 Säriswil/Innerberg BE • Tel. 031 828 84 84  
Öffnungszeiten: Montag bis Freitag 09.00–18.30 Uhr  
Samstag 08.00–16.00 Uhr

**www.aebi-kaderli.ch**

# Generalrat – Eine prüfenswerte Alternative für Dürdingen

Ein Komitee bestehend aus Vertretern aller Orsparteien lancierte letzten Herbst erfolgreich die Initiative zur Wiedereinführung des Generalrates in Dürdingen. Am kommenden 29. November 2009 werden die Bürgerinnen und Bürger von Dürdingen darüber entscheiden, ob sie ab 2011 die Gemeindeversammlung durch einen 50-köpfigen, vom Volk gewählten, Generalrat ersetzen wollen.

Das Gemeindegesetz gestattet, ab 600 Einwohner, diese Form der Legislative. Ab 10'000 Einwohner ist der Generalrat obligatorisch. Seit mehreren Legislaturperioden haben wir in unserem Kanton verschiedene Gemeinden bei denen der Generalrat bereits Tradition ist, deren Einwohnerzahl jedoch kleiner ist als diejenige von Dürdingen. Generalräte gibt es in Domdidier (2'358), Estavayer-le-Lac (4'717), Romont (4'169), Rue (1'188), Belfaux (2'350), Murten (5'903), Attalens (2'779), Châtel-St.Denis (5'222).

Die Vorteile eines Generalrates sind vielfältig. Hand auf's Herz: welchem Bürger und welcher Bürgerin fällt es leicht, an einer Gemeindeversammlung das Wort zu ergreifen, vor allem dann, wenn es sich um kritische Fragen und Bemerkungen zuhanden des Gemeinderates handelt. Gemeinderat und

Verwaltung haben in der Regel einen grossen Wissensvorsprung und es ist praktisch unmöglich, dagegen erfolgreich anzutreten. Die Mitglieder des Generalrates haben besseren Zugang zu den Dossiers, sie können dadurch kritischer und kompetenter diskutieren, weil sie sich intensiver mit den Geschäften und Projekten beschäftigen können. Da die Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat eng und kontinuierlich ist, wird die Verantwortung, die heute der Gemeinderat trägt, besser verteilt und breiter abgestützt. Trotzdem sind Entscheide des Generalrates im Gegensatz zu denjenigen der Gemeindeversammlung nicht endgültig. Diese können mittels Referendum zur Abstimmung an der Urne gebracht werden. Damit ist die direkte Demokratie gewährleistet.

Sollten am 29. November 2009 die Bürgerinnen und Bürger von Dürdingen Ja zur Wiedereinführung des Generalrates sagen, so wird es an den Parteien und Gruppierungen sein, die notwendigen Kandidatinnen und Kandidaten zu finden, die bereit sind, sich der Wahl zu stellen. Das Argument, man müsse in einer Partei sein um Generalrat zu werden, stimmt nicht. In Marly zum Beispiel ist bei der Einführung des Generalrates eine Gruppierung entstanden, sie



sich «Marly-Voix» nennt und die gegenwärtig über 12 Generalräte verfügt. Sie richtet sich an alle interessierten Frauen und Männer die sich für das Wohl der Gemeinde, unabhängig von einer Parteizugehörigkeit, engagieren wollen.

Jedes Mitglied hat seinen individuellen Bekanntenkreis, aus dem die unterschiedlichsten Anliegen formuliert werden. Es wird versuchen berechnete Anliegen einzubringen und zur Diskussion zu stellen. Auch in der Gegenrichtung wird der Informationsfluss verbessert, weil die 50 Mitglieder in ihrem Bekanntenkreis informieren und diskutieren werden, welche Themen im Generalrat behandelt und was für Entscheide getroffen wurden. Zudem sind die Sitzungen des Generalrates öffentlich, jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht, die Sitzungen persönlich zu verfolgen.

Es wird immer schwieriger, genügend Kandidaten für den Gemeinderat zu finden. In einer grossen Gemeinde wie Düdingen bedeutet das Amt eine Riesenverantwortung mit einem grossen Einsatz an Zeit und Herzblut. Der Einstieg über den Generalrat ist um einiges sanfter und kann praktisch als Lehrzeit für ein Mandat in der Exekutive angesehen werden. Auf jeden Fall ist der Generalrat ein Pool, aus dem geeignete Kandidaten für andere Ämter auf Gemeinde- und Kantons- ja sogar Bundesebene rekrutiert werden können. «L'appetit vient en mangeant» heisst ein schöner Spruch. Dieser trifft auch auf die Politik zu: der Generalrat kann den Virus übertragen zu einer grösseren politischen Karriere.

*Irmgard Jungo, Düdingen  
Mitglied des Initiativkomitees*

## Konsequenzen aus der Bundesratswahl?

Bundesrat Pascal Couchepin hat mit seinem Rücktritt auf den Herbst dieses Jahres zumindest den Medien einen grossen Dienst erwiesen. Mit Mutmassungen und Chancen möglicher Kandidatinnen und Kandidaten, mit der Sprachenfrage wer als echter Romand gilt und mit der Konkordanzfrage welche Partei nun wirklich Anspruch auf diesen freien Sitz haben darf, damit konnten vor allem die Zeitungen ihr Sommerloch stopfen. Nun geht es aber in die Endphase des Wahlkampfes und es zeichnet sich ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen den beiden Ständeräten Didier Burkhalter (FDP-NE) und Urs Schwaller (CVP-FR) ab. Obwohl dabei Schwaller eher als links-konservativ und Burkhalter als rechts-liberal beurteilt werden, scheinen mir ihre Positionen gar nicht so weit auseinander zu liegen. Natürlich ist mir eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik des Bundes sehr wichtig, trotzdem bin ich überzeugt, dass die Politik des Bundesrates sich auch nach der Wahl vom 16. September kaum ändern wird. Demgegenüber scheinen mir die Risiken und der Einfluss der deutschen Bundestagswahlen vom 27. September dieses Jahres für die Schweiz bedeutend grösser zu sein. Dies vor allem, wenn die Linken von Oskar Lafontaine weiterhin so stark an Wählerstimmen zunehmen werden.

Als Freiburger und Mitglied der FDP sind wir von diesen Bundesratswahlen in mehrfacher Hinsicht betroffen. Dabei gewichte ich den berechtigten Anspruch der FDP auf diesen Bundesratsitz höher als die Freude über einen allfälligen Freiburger Bundesrat. Für uns neben-

sächlich und zum Schmunzeln verleitend, beurteile ich das Störmanöver von Nationalrat de Buman (notabene als Vizepräsident der CVP-Schweiz) mit seiner Kandidatur. Für die CVP des Kantons Freiburg hat dieses Spiel aber bestimmt tragische Züge.

Zusätzlich geben mir die Positionen der CVP doch einiges zu denken. In den vergangenen Jahren haben bekanntlich die beiden Freiburger Kantonalparteien CVP und FDP in kantonalen und eidgenössischen Wahlen eine Allianz gebildet, um die gemeinsame bürgerliche Politik zu stärken. Mit der Kampfansage auf den freien Sitz des FDP-Bundesrates distanziert sich die Freiburger CVP von dieser Allianz. Viel wichtiger sind mir aber die Begründungen und die Positionen, die Ständerat Urs Schwaller ins Feld führt. Bei der Lancierung seiner Kandidatur hat er zwar die Übereinstimmung in wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen mit der FDP erwähnt, zusätzlich aber auch die gemeinsamen Positionen und Ziele der CVP in der Familien- und Sozialpolitik mit der SP in den Vordergrund geschoben. Neben seiner Absicht auf Stimmen aus dem linken Lager, zeigt diese Position auch klar die Differenzen seiner Politik zur FDP auf. **Unter diesen Voraussetzungen ist eine Weiterführung der Allianz mit der CVP im Kanton Freiburg unmöglich geworden. Unsere Kantonalpartei muss in künftigen Wahlen wieder eigenständig antreten und ihre Positionen vertreten.**

*Jörg Schnyder, Böisingen  
Präsident FDP-Sense*

Die FDP des Seebezirks freut sich,  
Sie zum diesjährigen Herbstanlass zum Thema

**Nachhaltige Verunsicherung zur Nachhaltigkeit  
der Sozialversicherungen**

**am Dienstag, 22. September 2009, 19.30 Uhr,  
Hotel Schiff, Murten, einzuladen.**

Über dieses Thema diskutieren in einer Podiumsveranstaltung:

**Dr. Beat Kappeler**

Sozialwissenschaftler, Publizist, Hinterkappelen,

**Corrado Pardini**

Gewerkschaft Unia, Lyss,

**Yves Rossier**

Direktor Bundesamt für Sozialversicherungen, Freiburg,

**Thomas Baumgartner**

CFO Weiss+Appetito,

Präsident Personalvorsorgestiftung Weiss + Partner-Firmen, Muntelier

## Öffentlichkeitsarbeit – einmal anders

Wie kann sich eine politische Partei ins rechte Licht rücken? Diese und weitere Fragen stellte sich auch die Ortspartei Böisingen. Ergebnis ist ein ziemlich untypischer Öffentlichkeitsauftritt mit gutem Echo.

### Ein Rückblick

Welche Ortspartei befasst sich nicht immer wieder mit der Frage, wie sie sich in der Öffentlichkeit darstellen könnte, ohne die Mottenkiste politischer Themen bemühen zu müssen. Diese Frage verstärkt sich dadurch, als in der Dorfpolitik die politische Parole und Pointe oft etwas aufgesetzt wirkt.

Die FDP Böisingen erklärt seit langem ihre Nähe zum Gewerbe zu einem ihrer Kernthemen. Was liegt also näher, als eine Aktivität zusammen mit dem Gewerbe zu entwickeln? Bereits zum dritten aufeinander folgenden Jahr engagiert sich die FDP Böisingen deshalb als einer der Partner an der Frühlingsausstellung der Autogarage Bergmann AG in Böisingen, die 2009 übrigens ihr 35-Jahr-Jubiläum feiern konnte. Aber nicht einfach mit einem Informationsstand, sondern als verantwortlicher

Partner für das leibliche Wohl: Die Ausstellungsbesucherinnen und -besucher werden mit feinem Steinpilz-Risotto verwöhnt, der gekocht wird vom FDP-Gemeinderat Konrad Gerster. Vorstands-, sowie Kommissionsmitglieder assistieren als Gästebetreuende und Helfende im Service. Dieses Jahr konnten wieder über 160 Portionen Risotto serviert werden.

Inmitten funkelnder Neuwagen ergeben sich Risotto essend für eine politische Partei plötzlich andere Gesprächsansätze und völlig überraschende Kontakte. Zudem spricht man nicht nur über Gewerbenähe, sondern lebt sie, bzw. macht sie erlebbar. Ein gutes Gefühl. Dass dabei auch noch mehr als ein netter Batzen in die immer etwas lamentable Vereinskasse fliesst, ist ein weiterer, sehr willkommener Nebeneffekt.

Sofern alle notwendigen Grundvoraussetzungen im Lot sind, bekräftigen beide Partner bereits wieder eine Fortsetzung für 2010.

Konrad Gerster, Böisingen  
Gemeinderat

## «Auslaufmodell» Berufslehre?

Einmal mehr werden ohne jede Not scharfe Attacken gegen das duale Berufsbildungssystem geritten. Mit einem Weissbuch forderten die Akademien der Wissenschaften (AdW) diese Woche massiv mehr Gymnasialabschlüsse. Dafür soll die Berufslehre zurückgedrängt werden.

«Es ist sicher eine wichtige Aufgabe der Wissenschaft, künftige Entwicklungen im Bereich der Bildung anzuschauen und allenfalls vorzuspüren. Auch etwas Provokation gehört dazu», meinte Hans-Ulrich Bigler, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbandes (sgv), am Herbstmediengespräch des Verbandes. «Allerdings dürfen sich solche Prozesse nicht in einem Elfenbeinturm abspielen, sondern müssen der Realität Rechnung tragen. Und diese zeigt, dass unsere duale Berufsbildung nach wie vor ein Erfolgsmodell ist.»

### Gymnasium über alles

Biglers Zorn ist berechtigt, denn im Zentrum der AdW-Forderungen steht die schulische Bildung: In 20 Jahren sollen zwei Drittel eines Jahrgangs höhere Abschlüsse erwerben, insbesondere im Gymnasialbereich. Diese Entwicklung soll auf Kosten der Berufsbildung gehen, wie der Weissbuch-Autor Walther Ch. Zimmerli offen zugibt. Der Schweizer, der in Deutschland lehrt, ist der Meinung, dass das duale Berufsbildungssystem «zum Auslaufmodell» wird. In Deutschland sei man damit erfolgreich gewesen, «doch auch dort ist dieser Stern am Sinken.» Zimmerli begründet diesen «Niedergang» reichlich ungewöhnlich: «Zum einen haben wir bald nicht mehr genügend qualitative Lehr-

stellen, die den erhöhten Berufsanforderungen genügen. Ferner wird künftig auch handwerkliches Können zunehmend wissenschaftlich dominiert sein.»

### Durchlässiger Bildungsweg

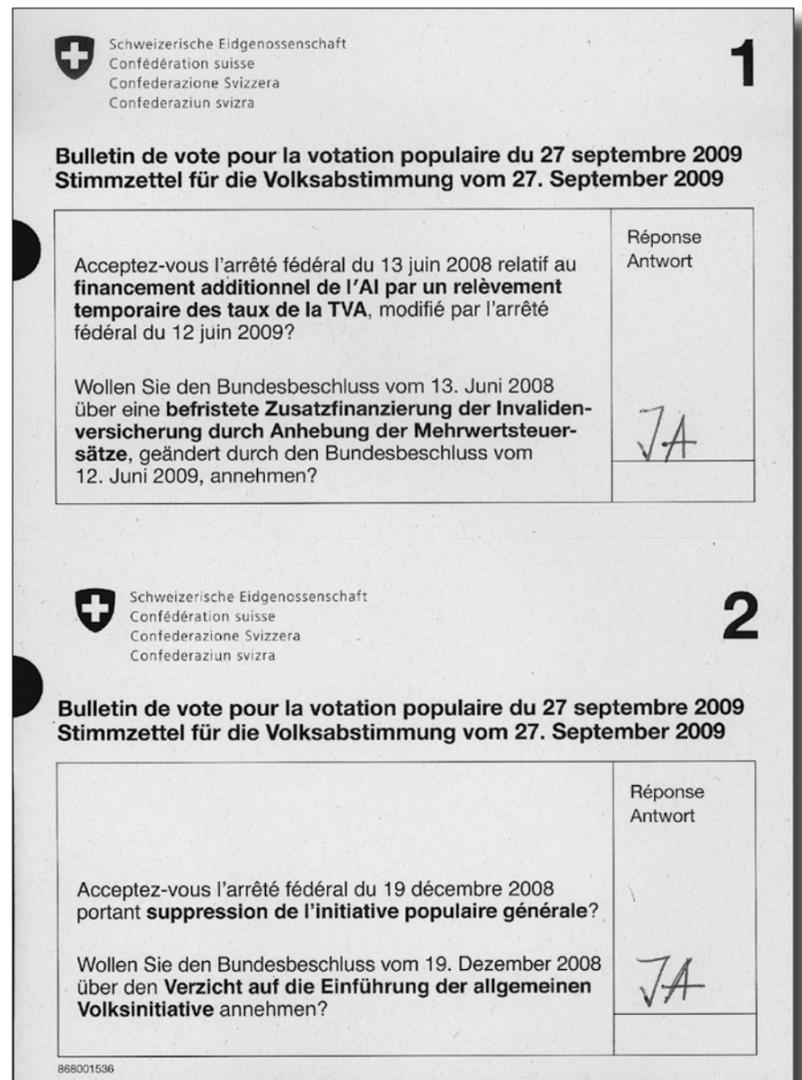
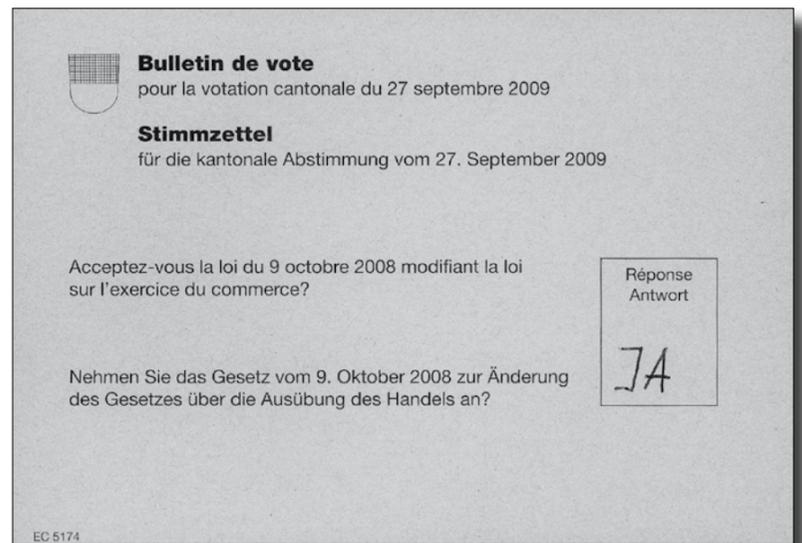
Hans-Ulrich Bigler lässt diese Argumentation nicht gelten: «Die Herren Professoren scheinen noch nie etwas von einer Grundbildung mit Berufsmatur und anschliessenden Weiterbildungen an Fachhochschulen und Universitäten gehört zu haben. Unsere Berufsbildung ist heute so durchlässig wie nie zuvor und fein abgestimmt auf die Bedürfnisse sowohl der Wirtschaft als auch der Arbeitnehmenden.» Der Gewerbebedirektor entkräftet die These wonach mehr Maturanden unbedingt nötig seien. «Das Pisa-Musterland Finnland weist eine Maturitätsquote von 95 Prozent auf, während sich die Schweiz mit 26 Prozent begnügt. Die Finnen zahlen aber für diese Verschulung einen hohen Preis: Die Jugendarbeitslosenquote lag vor Ausbruch der Krise bei 27,5 Prozent, während sie in der Schweiz bloss tiefe 7,5 Prozent betrug.»

### «Soziale Absicherung»

Bigler schliesst sich deshalb dem früheren Preisüberwacher Rudolf Strahm an, der die Berufsbildung als «beste soziale Absicherung» bezeichnet. Strahm ortet grosse Vorteile: Wer eine Berufslehre absolviert,

- verdient anfänglich mindestens 1000 Franken mehr als Ungelernte;
- unterliegt einem drei Mal kleineren Risiko, arbeitslos zu werden;
- unterliegt einem zweieinhalb Mal kleineren Risiko, Sozialbezüger zu werden;

## Abstimmungsparolen



- bewältigt den Strukturwandel im Zeichen der Globalisierung besser;
- hat viele Möglichkeiten zur Weiterbildung und zur beruflichen Karriere.

### Untaugliche Ratschläge

«Es ist wohl kein Zufall, dass Absolventen von Fachhochschulen und höheren Berufsschulen bei der Privatwirtschaft sehr gesucht sind und mehr Lohn erhalten als Jungakademiker», hält Bigler fest. Daran dürfte sich auch in den kommenden Jahren wenig ändern. «Herr Zimmerli sollte uns lieber sagen, wie man jungen Leuten helfen kann, die aus bildungsfernen Schichten stammen und/oder charakterliche Probleme haben.» Zudem sei schon heute das Niveau der Gymnasiasten nicht über alle Zweifel erhaben. «Kürzliche Tests haben gezeigt, dass sehr viele Maturanden absolut ungenügende Kenntnisse in Deutsch und Mathematik haben. Die Behörden erwägen deshalb die Einführung von Mindeststandards.» Der sgv sieht sich derzeit bereits mit einer scharfen Attacke auf die höhere

Berufsbildung konfrontiert, die ein Opfer von überflüssigen Systemwechseln werden soll, während die schulische Bildung forciert wird.

Mit freundlicher Erlaubnis  
der Schweizerische Gewerbezeitung

## Impressum

**FDP Sense:**  
Postfach 266  
3186 Düringen

**Impuls:**  
Yvonne Pittino  
Alpenstrasse 16, 3178 Böisingen  
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

**Inserate:**  
SENSIA AG  
Bonnstrasse 22, 3186 Düringen  
e-mail: office@sensia.info

**Druck:**  
SENSIA AG, 3186 Düringen